



Die Reform der Bundeswehr

Von Menschen für Menschen

Detlef Buch (Hrsg.) 

PETER LANG

Internationaler Verlag der Wissenschaften

Die Reform der Bundeswehr

Detlef Buch (Hrsg.)

Die Reform der Bundeswehr

Von Menschen für Menschen



PETER LANG

Frankfurt am Main · Berlin · Bern · Bruxelles · New York · Oxford · Wien

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlaggestaltung:

© Olaf Gloeckler, Atelier Platen, Friedberg

Die Beiträge des Herausgebers sowie der soldatischen Autoren geben natürlich ausschließlich deren persönliche Meinung als Privatpersonen wieder.

ISBN 978-3-631-63197-3 (Print)

ISBN 978-3-653-02131-8 (E-Book)

DOI 10.3726/978-3-653-02131-8

© Peter Lang GmbH

Internationaler Verlag der Wissenschaften

Frankfurt am Main 2012

Alle Rechte vorbehalten.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des

Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für

Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

www.peterlang.de

**Für
Jessica.**

Die Orte des gemeinsamen Sich-Wohlfühlens
liegen auf Herzenshöhe.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Herausgebers und Einführung in die Thematik	11
I. Teil	
Das Bild und die Stellung der Bundeswehr in der Gesellschaft – vor und nach der Reform	17
Wandel der Sicherheitskultur durch die Bundeswehrreform <i>Hans-Joachim Reeb</i>	19
Jugend und Bundeswehr <i>Henri Schmidt</i>	39
Weltmilitär <i>Dierk Spreen</i>	51
Die Egalisierungsthese – Das Beispiel Eurofighter <i>Detlef Buch</i>	61
II. Teil	
Die Innere Führung unter Modernisierungsdruck	73
Soldat sein heute – Eine Kritik <i>Sascha Stoltenow</i>	75
Innere Führung im Schatten der Bundeswehrreform <i>Paul Schäfer, MdB</i>	85
Perpetuum mobile? Soldatenfamilien und die Reform der Bundeswehr <i>Marion Näser-Lather</i>	103

Max Webers Albtraum:	111
Zur Reformierbarkeit der Spitzengliederung der Bundeswehr	
<i>Philipp Münch</i>	
Der Irreguläre als Feind – Drei Chancen für das	143
soldatische Selbstbild in regulären Streitkräften	
<i>Martin Böcker</i>	
III. Teil	
Das Lied vom Ende der Wehrpflicht	163
Das Ende der Wehrpflicht	165
<i>Detlef Buch</i>	
Ohne Wehrpflicht in die Zukunft - Zukunft ohne	189
Wehrpflicht? Eine Analyse aus der Perspektive	
des Historischen Institutionalismus	
<i>Christian Weber</i>	
Von der Wehrpflichtigen- zur Freiwilligenarmee –	211
Erkenntnisse aus verbündeten Staaten	
<i>Björn H. Seibert</i>	
IV. Teil	
Die Kommunikation der Bundeswehrreform	243
Kommunikation als Erfolgsfaktor für die	245
Neuausrichtung der Bundeswehr	
<i>Michael A. Volta</i>	
Mitarbeiter mitnehmen –	259
Kommunikation der Neuausrichtung im Intranet der Bundeswehr	
<i>Bettina Berg</i>	

Die Reform als Chance?	277
Eine kommunikationswissenschaftliche Evaluation ausgewählter Werbemittel der Personalmarketing-Kampagne der Bundeswehr	
<i>Nadja Hoffmann, Pascal Ziehm, Anika Peucker, Max Wiedemann</i>	
Social Media und Recruiting – Überlegungen zur Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr	295
<i>Natascha Zowislo-Grünwald / Julian Hajduk / Thorsten Vellmerk / Robert Artelt</i>	
Autorenverzeichnis	331

Vorwort des Herausgebers und Einführung in die Thematik

Wie hieß es so schön am Anfang des Jahres 2012 in der Zeitschrift „Bundeswehr aktuell“, die sich auf die Fahnen geschrieben hat, Komplexes verständlich und Unübersichtliches übersichtlich zu machen: „Die Feinausplanungen beinhalten als Zwischenschritt zu den Feinstrukturplanungen die Informationen, die für das erfolgreiche übergreifende Zusammenwirken ausschlaggebend sind.“ (Bundeswehr aktuell, 48. Jahrgang, Nr. 3, S. 3). Aha, genau, so lässt sich also eine tiefgreifende Unternehmensreform des Non-Profit Unternehmens Bundeswehr verständlich und somit transportierbar machen. Gleichzeitig steht dieser Satz aber auch für all die schier unübersichtliche Kommunikation in und um die Bundeswehr und ihre Reform. Ein hochkomplexes Thema eine Institution betreffend, deren Wirkmechanismen und Hintergründe kaum noch jemand kennt oder versteht. Und was gerne dabei vergessen wird, ist, dass sowohl Aufbau und Betrieb der Bundeswehr als auch natürlich deren neuerliche Reform von den Angehörigen der Bundeswehr selber entworfen und umgesetzt werden. Also eine Reform von Menschen für Menschen. Und somit auch eine Reform, in der es „menschelt“ und die so herrlich unvollkommen ist, wie alles was Menschen entwerfen.

Der vorliegende Herausgeberband soll sich daher gezielt mit eben dieser Dimension auseinandersetzen und die oft eher technisch orientierten Reform- und Transformationsanalysen außer Acht lassen. Dazu ist der vorliegende Band in vier Unterkapitel aufgeteilt worden. Dies sind die Kapitel „Das Bild und die Stellung der Bundeswehr in der Gesellschaft – vor und nach der Reform“, „Die Innere Führung unter Modernisierungsdruck“, „Das Lied vom Ende der Wehrpflicht“ und „Die Kommunikation der Bundeswehrreform“. Somit sollten alle für diese Thematik relevanten militärsoziologischen Kategorien erfasst sein. Insbesondere kommt es dem Herausgeber dabei an, Vertreter unterschiedlichster Institutionen, aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Administration zu Wort kommen zu lassen und ihre divergierenden Standpunkte darlegen zu lassen. Dabei kam es auch darauf an, neben erfahrenen Fachleuten junge, aufstrebende Wissenschaftler mit deren innovativen Ansätzen ein Forum zu bieten.

Das erste Kapitel, welches sich mit der Stellung der Bundeswehr in der Gesellschaft auseinandersetzt, beginnt mit dem Beitrag von Hans-Joachim Reeb. Desse-
nen Ausgangspunkt ist der zentrale neue Wertbegriff von Sicherheit als höchstem
Standard einer Gesellschaft. Er analysiert, inwiefern sich die Reform der
Bundeswehr auf den künftigen politischen, gesellschaftlichen und medialen
Umgang mit sicherheitsrelevanten Angelegenheiten auswirkt. Dabei prognosti-
ziert Reeb insbesondere eine Entfremdung der Gesellschaft von der Bundes-
wehr. Um dieser entgegenzuwirken, empfiehlt er eine Pädagogik zur Sicherheit,
die einem staatlichen Bildungsauftrag und somit der Ausbilder affektiver, kog-
nitiver und sozialer Kompetenzen folgen sollte.

Im Anschluss daran beleuchtet Henri Schmidt das besondere Verhältnis der Ju-
gend zur Bundeswehr. Henri Schmidt beschreibt im Speziellen das derzeitige
und sich durch die Reform weiter ändernde Verhältnis der bundesdeutschen Ju-
gend zu ihren Streitkräften und zur Sicherheitspolitik. Er titulierte dies im Kern
als ein „Nicht-Verhältnis“, was bedeutet, dass die Jugend zwar sehr wohl die
Existenz von Streitkräften als Organ von Verfassungsrang bejaht, aber weder
über detaillierte Kenntnisse über sie, noch Interesse am Dienst in ihnen zeigt.
Der Wegfall der Wehrpflicht sorgt laut Schmidt noch einmal für ein zunehmen-
des Verschwinden von Berührungspunkten. Hier ist seiner Meinung nach die
Bundeswehr mit intelligenten und innovativen Antworten gefragt.

Als nächstes findet der Leser den Beitrag von Dierk Spreen. Dieser argumentiert
aus einer soziologischen Sichtweise, die die Forderung aufstellt, Militär, Gewalt
und Krieg in den Begriff der modernen Zivilgesellschaft einzuschließen. Dabei
leistet Spreen einen wesentlichen Rekurs auf Niklas Luhmann und zeichnet ei-
nen quasi normativen Rahmen auch für das Bild einer reformierten Bundeswehr.
Beschlossen wird das Kapitel I mit einem Beitrag des Herausgebers. Er weitet in
diesem seine Egalisierungsthese auf das größte deutsche Rüstungsprojekt aller
Zeiten, den Eurofighter aus. Er zeigt demaskierend auf, dass den Deutschen
nicht bekannt ist, in welchem finanziellen und strategisch bedeutsamen Um-
fange dieses Projekt überhaupt vollzogen wird. Letztlich leitet er daraus Konse-
quenzen für das politische Handeln ab.

Das zweite Kapitel, das den Titel trägt: „Die Innere Führung unter Modernisie-
rungsdruck“ soll die unterschiedlichsten sogenannten Gestaltungsfelder der In-

neren Führung aus einer soziologischen Perspektive beleuchten. Allein schon deshalb wurde für den Kapitteltitel nicht der Begriff der Reform, sondern der der Modernisierung verwendet.

Den Reigen der Autoren eröffnet hier Sascha Stoltenow. Gewohnt scharfsinnig analysiert er die organisationssoziologischen und kommunikationstheoretischen Eckpunkte der Neuausrichtung der Bundeswehr und formuliert gut hergeleitete Argumente, die die Programmatik der Inneren Führung betreffen.

Es führt fort der Bundestagsabgeordnete Paul Schäfer, MdB aus Köln. Er geht der berechtigten Frage nach, inwiefern die beiden grundlegenden Aspekte der Bundeswehrreform, nämlich das Aussetzen der Wehrpflicht sowie die Ausrichtung an den Auslandseinsätzen, Auswirkungen auf das Leitbild des „Staatsbürgers in Uniform“ sowie die sich daraus ableitenden Prinzipien der Inneren Führung haben.

Hiernach kommt Marion Näser-Lather zu Wort. Sie stellt ihre Forschungsergebnisse zu einem wesentlichen Gestaltungsfeld der Inneren Führung vor, nämlich der „Vereinbarkeit von Familie und Dienst“. Sie kommt hier zu dem Schluss, dass wiederholten Ankündigungen zur Einführung von Vereinbarkeitsmaßnahmen keine tatsächlichen Maßnahmen folgten. Zudem sagt sie auch, dass Werthaltungen wie Stärke, Pflicht und Gleichheit für viele Eltern immer noch wichtiger scheinen, als die „Scham“ in Kauf zu nehmen, sich wegen Problemen der Kinderbetreuung an Vorgesetzte zu wenden. Somit gibt es neben fehlender finanzieller Unterfütterung, mangelnden Organisationsstrukturen auch eine für dieses Gestaltungsfeld problematische Organisationskultur in der Bundeswehr.

Es schließt sich hieran Philipp Münch mit seinem Beitrag zur Reformierbarkeit der Spitzengliederung der Bundeswehr an. Ziel seiner dem Beitrag zu Grunde liegenden Untersuchung war, aufzuzeigen, dass der Wandel der Bundeswehr seit 1990, unbeschadet der jeweils verwendeten Reformrhetorik, inkrementell verlief. Münch sagt, dass im Großen und Ganzen für den Ausgang der einzelnen Reformvorhaben der Bundeswehr die Stärke der diesen entgegenstehenden Machtpositionen ausschlaggebend ist. Sein zentrales Argument ist hier, dass diese Machtkämpfe ihre besondere Dynamik durch die Personalstruktur der Bundeswehr erhalten. Dabei leistet er einen Rekurs auf Max Weber und kenn-

zeichnet die Bundeswehr auch als eine Organisation, die der Logik bürokratischer Organisationen unterworfen ist.

Dem Selbstbild des Bundeswehrsoldaten als Ausgangs- und Ansatzpunkt der Inneren Führung, widmet sich dann Martin Böcker. Er plädiert für die Etablierung einer mentalen soldatischen Leistungsfähigkeit durch Etablierung eines glaubhaften Feindbildes. Sein Lösungsvorschlag, die deutschen Streitkräfte den Bedingungen des modernen Krieges anzupassen ist demnach die Beschäftigung mit Texten und Erfahrungsberichten aus dem Kampf gegen irreguläre Kräfte.

Der III. Teil des Bandes ist der Wehrpflicht gewidmet. Ihre Abschaffung, als ein Hauptbestandteil der Bundeswehrreform, gilt es von vielen Seiten zu analysieren und ihre Vor- und Nachteile herauszuarbeiten. Der Teil wird sodann mit einem Beitrag des Herausgebers eröffnet. In diesem kommt er, abgeleitet aus den Erfahrungen anderer Nationen in der Nato, zu dem Schluss, dass auch die deutsche Wehrpflicht zu früh, zu schnell abgeschafft wurde. Gegen ihre Abschaffung sprächen außerdem z.B. auch die fehlende finanzielle Hinterlegung sowie die demografische Entwicklung. Er stellt dabei eine Reihe seiner Modelle vor, wie: „Das Wehrpflicht-Paradox“ oder „Der Wehrpflicht-Lebenslauf“.

Fortgesetzt wird das Kapitel mit einem Beitrag von Christian Weber. Dieser geht der Frage nach, wie sich die Konstanz der Wehrpflicht in den Jahren und Jahrzehnten bis zu ihrer Aussetzung erklären lässt und zudem, wieso sie dann ein so schnelles Ende gefunden hat. Dabei sind es für Weber insbesondere historische Faktoren, die für die lange Konstanz gesorgt haben. Er argumentiert aus einer historisch-institutionalistischen Perspektive heraus, aus welcher sich sowohl die Kontinuität der Wehrpflicht als auch ihre Aussetzung heraus begründen lassen.

Den Wehrpflicht-Block beschließt der Beitrag von Björn Seibert. Sein Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass die Bundeswehr in der komfortablen Lage ist, erst ganz am Beginn des Prozesses der Aussetzung der Wehrpflicht zu sein. Vermeidbare Fehlentwicklungen in den Streitkräften, insbesondere in den Feldern Personalabbau, Personalgewinnung, Personalbindung, sollten seines Erachtens unter Rekurs auf die Erfahrungen von Verbündeten, ein wesentliches Ziel der Neuausrichtung der Bundeswehr sein.

Der vierte und letzte Teil des vorliegenden Reformbandes soll sich der Kommunikation der Reform widmen. Ein allzu oft gern stiefmütterlich behandeltes Thema.

Dabei kennzeichnet bereits der erste Autor, Michael A. Volta, die Kommunikation als den Erfolgsfaktor für die Reform der Bundeswehr. Dabei beschreibt Volta sehr eindringlich, wie wichtig es ist, die Menschen innerhalb und außerhalb der Bundeswehr „mitzunehmen“ auf dem Prozess der Veränderung. Nur wenn dies gelingt, dann wird auch die Bundeswehrreform gelingen.

Anschließend widmet sich Bettina Berg ausschließlich der internen Kommunikation der Bundeswehrreform. Insbesondere lotet sie dabei die Möglichkeiten der internen Kommunikation über das Intranet der Bundeswehr aus. Sie kommt allerdings zu dem Schluss, dass die interne Kommunikation zwar ein wichtiger Baustein der gesamten Reformkommunikation ist, jedoch längst nicht ausreicht. Jeder einzelne Bundeswehrangehörige ist gefordert, dabei besonders die Vorgesetzten, Teil dieser Kommunikation und dieses Prozesses zu werden. Dabei ist das Schlagwort „Verantwortungsübernahme von unten“.

Es folgt ein Beitrag des jungen Autorenteams um Pascal Ziehm. Die Kolleginnen und Kollegen nehmen sich sehr konkret unterschiedliche Claims der Unternehmenskommunikation der Bundeswehr zu einer tiefgehenden Analyse vor. Dabei wird deutlich, dass es Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen Nachwuchsgewinnung und Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr gibt, deren Trennung künstlich herbeigeführt ist.

Das vierte Kapitel endet mit einem hochinteressanten Beitrag der Professorin für Unternehmenskommunikation aus München, Natascha Zowislo und Team. Ihr Beitrag untersucht Social Media als Rekrutierungs(um)feld für geeignete Bewerber der Bundeswehr und deren Rolle bezüglich der Rekrutierung zur Bundeswehr. Anhand einer qualitativen Untersuchung untersuchen die Wissenschaftler die Web 2.0-Präsenz der Bundeswehr auf eben jene Möglichkeiten und Gefahren hin und bewerten diese kritisch.

Ich wünsche dem interessierten Leserpublikum eine interessante Lektüre.

Dr. phil. Detlef Buch
(als Alleinherausgeber)

Wandlitz, im Sommer 2012

I. Teil

Das Bild und die Stellung der Bundeswehr in der Gesellschaft – vor und nach der Reform

Wandel der Sicherheitskultur durch die Bundeswehrreform

Hans-Joachim Reeb

Sicherheit wird heute in den unterschiedlichsten Zusammenhängen verwendet. Blickt man in die Zeitungen einer beliebigen Woche, so zeigt sich seine facettenreiche Verwendung. Sicherheit steht nicht nur im Zusammenhang mit den aktuellen Konflikten in Afghanistan, Syrien oder Iran, sondern wird auch im Kontext von Finanzanlagen, dem Straßen- und Luftverkehr, dem Internet oder bei Lebensmitteln benutzt. Zudem bildet sie die Bezeichnung zahlreicher Institutionen und Tätigkeiten, wobei scheinbar überall auf der Welt Sicherheitskräfte eine große Rolle spielen. Insofern ist dem Politikwissenschaftler Christopher Daase zuzustimmen, wenn er die Sicherheit zum zentralen Wertbegriff der Gesellschaft erhebt. Sicherheit ist zum „Goldstandard nationaler und internationaler Politik“ (Daase 2010: 9) geworden und hat den Friedensbegriff abgelöst.

Folglich ist es von Interesse, inwieweit sich militärpolitische Entscheidungen eines Landes auf den künftigen politischen, gesellschaftlichen und medialen Umgang mit sicherheitsrelevanten Angelegenheiten auswirken können. Das soll anhand der Bundeswehrreform, die seit 2010 in Deutschland eingeleitet wurde, untersucht werden.

Dazu wird zunächst der hier verwendete Sicherheitsbegriff beschrieben, das Modell der Sicherheitskultur eingeführt, wesentliche Merkmale dieser Sicherheitskultur skizziert und abschließend Überlegungen zum möglichen Wandel aufgrund der militärpolitischen Veränderungen angestellt. Einige Bemerkungen zur Notwendigkeit einer Pädagogik zur Sicherheit schließen die Analyse ab.

Neuer Sicherheitsbegriff

Heute lässt sich aus der Medienberichterstattung eine sicherheitspolitische Landschaft ablesen, in der ein Bedeutungswandel in den internationalen Beziehungen eingetreten ist. Sicherheit wird nicht mehr allein militärisch, sondern u.a. auch diplomatisch, ökonomisch, ökologisch oder machtpolitisch definiert. Im Vordergrund steht nicht mehr nur der Schutz des Staates, sondern auch der der Gesellschaft („social security“) und der der Menschen („human security“). An die Stelle der klassischen militärischen Bedrohungen durch hochgerüstete Staa-

ten oder Bündnisse ist eine breite Palette an neuen Gefährdungen und Risiken getreten (Daase 2010). Gewaltszenarien können durch Terror, die unkontrollierte Verbreitung von Massenvernichtungs-, aber auch Kleinwaffen und den Zerfall staatlicher Macht einerseits sowie aus sozialen, ökologischen oder humanitären Katastrophen andererseits entstehen. Demnach reichen die alten Begriffe wie Bedrohung, Abschreckung oder Konfrontation nicht mehr aus, um Konflikte im internationalen System hinreichend zu beschreiben. Sie sind komplexer und schwerer verständlich geworden – nicht zuletzt, weil neben staatlichen nun auch private Akteure konflikttreibend, umgekehrt auch sicherheitsbildend tätig sein können.

Dieser Sicherheitsbegriff schließt die Inhalte ein, die bisher als „positiver Frieden“ bezeichnet wurden. Sicherheit kann als dynamischer, nicht abschließbarer Prozess verstanden werden, der auf den Idealzustand Frieden hinzielt. Sicherheit ist kein objektiver Tatbestand, sondern lediglich eine subjektive Zuschreibung aufgrund der Wahrnehmung und Interpretation von meist medialen Informationen über sicherheitsrelevante Ereignisse (Siedschlag 2006: 12). Damit potenziert sich der Bereich, der unter Sicherheitsaspekten betrachtet wird, so dass die Erwartungen der Bevölkerung an die politischen Akteure zum Handeln immens ansteigen und widersprüchlich sind (Daase 2011). Daher ist eine gesellschaftliche Verständigung über das, was als Sicherheit angesehen wird, erforderlich (Renn u.a. 2007).

Umgang mit Sicherheit in Politik, Medien und Gesellschaft

Eine solche Verständigung markiert die Sicherheitskultur als das Zusammenspiel der Überzeugungen, Werte und Praktiken, „die das Sicherheits- und Unsicherheitsempfinden von Staaten, Gesellschaften und Individuen bestimmen und die Sicherheitspolitik prägen“ (Daase 2010: 9). Diese lässt sich empirisch erfassen, indem die „Realität“ an dem Modell des politischen Prozesses (Easton, 1966; Almond/Powell 1966) gespiegelt wird. Nach ihm fließen die Erwartungen der Gesellschaft in das politische System, werden dort diskutiert und entschieden, um als Maßnahmen zurück in die Gesellschaft transportiert zu werden. Die Medien dienen als kommunikative Schnittstelle, die Gesellschaft und Politik verbindet. Gleichzeitig sind sie „das Tor zur (Um-)Welt“, da sie das internatio-

nale Umfeld beschreiben und zwischen den Gesellschaftssystemen kommunizieren.

Die Legitimation der politischen Entscheidungen erfolgt durch die Öffentlichkeit, die zwischen dem gesellschaftlichen Input und dem politischen Output einen permanenten Kommunikationsprozess herstellt (Neidhardt 2010). Jedes Individuum kann sich daran beteiligen, bedarf dazu aber die nötigen Voraussetzungen. Indem der Steuerungsprozess durch Herstellung von Öffentlichkeit legitimiert wird, gewinnt das politische System selbst an Stabilität. Dementsprechend muss eine Sicherheitspolitik gut begründet und im Wege der Teilhabe anerkannt, um auch akzeptiert zu werden.

Diese Überlegungen folgen einem kritischen Demokratieverständnis (Kißler 2007), wonach eine Sicherheitskultur nicht nur beschrieben, sondern auch kritisch analysiert werden muss. Aus der Defizitanalyse sollen Maßnahmen in Richtung eines idealtypischen Zustandes entwickelt werden. Diese Feststellungen münden in die These, dass bei Vorliegen der normativen Bedingungen von Öffentlichkeit (insbesondere von Pressefreiheit und Partizipation) innerhalb eines Gesellschaftssystems ein für alle gerechtes Verständnis von Sicherheit ausgehandelt werden kann, das dann im internationalen System durch mediale Kommunikation zwischen den Gesellschaften in Diskurs tritt.

Die deutsche Sicherheitskultur ist allerdings noch weit von diesem Idealzustand entfernt. Sowohl in Politik als auch in Medien und Gesellschaft lassen sich Defizite beobachten.

Politisches System

Das politische System erbringt Leistungen im politischen Prozess (Jarren/Donges 2006: 207). Für die Sicherheitspolitik sind daran die „Strategic Community“ und die politisch-administrativen Akteure beteiligt. Der politische Prozess untergliedert sich in Phasen der Meinungs- und der Entscheidungsbildung. Für die Meinungsbildung (Problemartikulation und -definition) sollte die „Strategic Community“ als Scharnier zwischen Gesellschaft und dem politischen Entscheidungsprozess funktionieren. Akteure sind die politischen Parteien und die als „Scientific Community“ zusammengefassten Forschungs-, Wissenschafts- und Beratungsakteure. Daneben wirken Interessengruppen und alterna-

tive Bewegungen auf die sicherheitspolitische Debatte ein (Näheres bei Reeb 2011: 55ff.).

Es gibt keine ausgeprägte „Strategic Community“ in Deutschland. Sie findet lediglich in kleinen, interessierten und informierten Foren statt und kann folglich nur eine geringe Anschlussfähigkeit zur Gesellschaft und deren Erwartungen herstellen. Anstelle eine Debatte anzuregen, formuliert diese Informationselite die Trends in der Sicherheitspolitik, denen meist die Mitglieder der Gesellschaft mit zeitlichem Abstand folgen.

Im sicherheitspolitischen Entscheidungsprozess bestimmen Exekutive, Legislative und Verfassungsrechtsprechung die Leitlinien. Die Regierung besitzt mit ihrem administrativen Apparat und ihren Kontakten zu externen Entscheidungsträgern die Dominanz in der Ziel- und Maßnahmenformulierung. Neben internationalen Erwartungen spielt auch innenpolitische Rücksichtnahme eine Rolle. Die Legislative erfüllt ihre Öffentlichkeitsfunktion, wird aber durch parteipolitische Ansprüche und Geheimhaltungsregeln deutlich eingeschränkt. Dagegen füllt die Verfassungsrechtsprechung die grundsätzlichen Lücken aus, für die die Politik keine Verantwortung übernehmen wollte.

Die meist im engeren Kreis getroffenen sicherheitspolitischen Entscheidungen und die Umsetzung der Ziele bedürfen der medialen Kommunikation. Die entsprechenden Grundannahmen, Strategien und Instrumente werden als sicherheitspolitisches Informations- und Kommunikationsmanagement bezeichnet. Grundsätzlich dient die Medien gestützte Kommunikation der Politik als Informationsquelle, konfrontiert sie als eigenen sicherheitspolitischen Faktor und ermöglicht ihr ein diplomatisches Instrument (Bellers/Wehmeier 1980). Aus diesen heterogenen Funktionen entwickelt die Politik ihr Verständnis für Information und Kommunikation als Legitimations- und Steuerungsinstrument, aber auch als Manipulationsinstrument. Das sicherheitspolitische Informations- und Kommunikationsmanagement lässt sich nach Ebenen darstellen und entsprechende Organisationen, Regeln und Maßnahmen zuordnen (Näheres Reeb 2011: 83ff.).

Innenpolitisch stehen sowohl die Informationen als auch die Bildungsangebote für die eigene Gesellschaft im Vordergrund. Die Informationsmaßnahmen zur Sicherheitspolitik entwickelten sich entlang eines „News Managements“, das

auf die Medienlogik ausgerichtet ist und typische Elemente einer symbolischen Politik beinhaltet (Sarcinelli 2011). Damit wird aber nur ein oberflächliches und verzerrtes Bild von Sicherheitspolitik vermittelt.

Ein Diskurs ließe sich durch Bildungsmaßnahmen herstellen. Aber nur 1980/83 wurde intensiv um den richtenden pädagogischen Weg in Deutschland gerungen (Lutz 1983). Heute stehen sicherheitspolitische Themen zwar in den curricularen Vorgaben und in Unterrichtsmaterialien, ein zwingendes schulisches und außerschulisches Angebot wird damit aber nicht verbunden. Lediglich eine kleinere Gruppe von Schülern und Bürgern befasst sich näher mit dieser Thematik (Reeb 2008).

Innerhalb der Streitkräfte soll ebenfalls durch Bildung dem Leitbild vom Staatsbürger in Uniform näher gekommen werden. Seit Gründung der Bundeswehr sind dafür zahlreiche Informationsmedien und Bildungsprogramme entwickelt worden. Erfolge sind aber eher nur bei den länger dienenden Soldaten zu erkennen. Für das Spitzenpersonal in Militär, Diplomatie und Verwaltung stehen exklusive hochwertige Bildungsinstitutionen und -maßnahmen zur Verfügung. Insgesamt wäre Sicherheitspolitik ohne die Aktivitäten der Bundeswehr im deutschen Bildungssystem kaum abgebildet (Reeb 2008).

Als strategisches Informations- und Kommunikationsmanagement werden die Aktivitäten aus der Exekutive bezeichnet, die Einfluss auf auswärtige Akteure mittels Informations- und Bildungsmaßnahmen nehmen. Dazu gibt es in Deutschland eine Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, die mit Hilfe verschiedener Instrumente zur Imagebildung des Landes und zu einem interkulturellen Dialog zwischen den Völkern anregen will. Durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit werden außerdem Bildungs- und Medienförderungsprogramme im Ausland unterstützt (Grolig/Schageter 2007; Maaß 2011).

In Krisen, Konflikten und Kriegen wird das Informations- und Kommunikationsmanagement besonders herausgefordert. Es muss einen Spagat zwischen den Interessen der eigenen Gesellschaft und den kommunikativen „Abwehrmaßnahmen“ von Gewaltgegnern vollziehen. Damit gehen die politischen Akteure einen schmalen Grad ein, einerseits glaubwürdige und wahrheitsgemäße Argumente für einen militärischen Einsatz zu artikulieren und andererseits solche In-

formationen zu verschweigen oder zu verzerren, die einen solchen Einsatz gefährden könnten.

Die Kommunikation hat sich hierzu professionalisiert und entlang von PR spezifische Ziele, Strukturen, Regeln und Strategien herausgebildet. Dazu sind in den einzelnen Kriegen nach 1945 verschiedene Steuerungsinstrumente im Umgang mit den Medien entwickelt und meist auch kurzfristig erfolgreich eingesetzt worden. Eigenständige Organisationselemente unterstützen diese Maßnahmen (Näheres Reeb 2011: 116ff.).

Die Wirksamkeit des sicherheitspolitischen Informations- und Kommunikationsmanagement hängt wesentlich davon ab, inwieweit die an Glaubwürdigkeit, Offenheit und Wahrhaftigkeit orientierten Prinzipien an Information und Kommunikation aufgrund des Konfliktverlaufs und der gegnerischen Einwirkungen annähernd berücksichtigt werden konnten.

Mediales System

Das Mediensystem wird durch die Trends zur Globalisierung und Digitalisierung beeinflusst. Es bilden sich in der sicherheitspolitischen Berichterstattung idealtypisch drei Rollenverständnisse von Journalismus heraus. Eines lehnt sich an das jeweilige politisch-kulturelle System an, ein weiteres verfolgt weitgehend die eigenen ökonomischen Interessen und ein drittes ist an den publizistischen Prinzipien orientiert. Wie tatsächlich diese Rollen ausgeübt werden, hängt von weiteren externen und internen Einflussfaktoren ab (Reeb 2011: 132ff.).

Es fehlt ein einheitlich organisiertes globales Nachrichtensystem, wohl hatten sich aber bisher Weltnachrichtenagenturen und westliche TV-Networks etablieren können (Schulz 2009: 372). Heute gibt es eine Vielzahl an Informationsanbietern, gerade auch aus der arabischen Welt. Damit wird um die Deutungshoheit der weltweit auftretenden Ereignisse gerungen.

Im deutschen Journalismus ist man größtenteils auf diese Fremdinformationen angewiesen, das eigene Korrespondentennetz ist im letzten Jahrzehnt geschrumpft. Wenige Journalisten beschäftigen sich in Deutschland mit der Sicherheitspolitik. Neben dem traditionellen Journalismus bekommen die Online-Angebote ein größeres Gewicht.

Thematisch richtet sich die sicherheitspolitische Berichterstattung an allgemein akzeptierte Faktoren zur Auswahl von Weltnachrichten aus. Dazu gehören Negativismus und ein Bezug zum jeweiligen Land. Für die Kriegsberichterstattung gelten noch weitere Regeln, da der Journalist auch immer im eigenen politischen und kulturellen System eingebunden ist und in Krisengebieten der Zugang zu Informationen verknappt wird.

Sicherheitspolitik ist in der deutschen Berichterstattung außerhalb der Beschreibung von Konflikten unspektakulär. Ein besonderes Interesse ist in den letzten Jahrzehnten durch die Auslandseinsätze der Bundeswehr entstanden (Reeb 2009). Die journalistische Debatte ist stark innenpolitisch geprägt, die Berichte nehmen nach spektakulären Ereignissen zu. Das lässt sich an der Afghanistan-Berichterstattung feststellen (Viehrig 2009).

Als neue Bedrohung ist seit 2001 der Islamismus von den Medien etikettiert worden. Die Darstellung des Islam in Deutschland ist von Stereotypen geprägt und hebt den Konflikt als Beschreibungsmerkmal hervor (Hafez/Richter 2007). Nachrichten über Sicherheitspolitik werden nach den Kriterien Dramaturgisierung, Ästhetisierung und Visualisierung ausgerichtet. Insgesamt entsteht ein medial konstruiertes Bild von der Welt. Die tatsächlichen Entscheidungsabläufe geraten dabei außer Blick.

Das Bild von Sicherheitspolitik wird auch durch fiktionale Inhalte, wie Fernsehfilme oder Computerspielrollen mitgeprägt. Für den Bereich der Bildung sind Unterrichtsmaterialien zu dem Thema entwickelt worden (Reeb 2011: 164ff.).

Die Beeinflussung von Politik und Medien mit Blick auf die Gesellschaft erfolgt wechselseitig, so dass ein symbiotisches Verhältnis zwischen den Akteuren festgestellt werden kann.

Gesellschaftssystem

Die Rolle der Gesellschaft lässt sich theoretisch mit Konzepten der Öffentlichen Meinung beschreiben. Es konkurrieren verschiedene Erklärungsmodelle, die das Verhältnis zwischen Eliten und Bevölkerung unterschiedlich gewichten (Gallus/Lühe 1998: 10ff.; Sarcinelli 2011: 57ff.). In der Sicherheitspolitik werden Erwartungen der Gesellschaft unter bestimmten Bedingungen sehr wohl von den politischen Akteuren ins Kalkül gezogen.

Die Meinungsbildung erfolgt auf der Grundlage von geringen Kenntnissen und einem distanzierten Interesse an der Sicherheitspolitik. Lediglich eine kleine Gruppe an gut Informierten aufgrund gezielter Mediennutzung und Teilnahme an Bildungsveranstaltungen kann fundiert mitreden. Ein Grundvertrauen zur Sicherheitspolitik und der sie tragenden Institutionen ist dennoch vorhanden (Bulmahn 2011).

Die Einstellungen zur Sicherheitspolitik sind in Deutschland langfristig geprägt und können als „Kultur der Zurückhaltung“ gekennzeichnet werden (Mauß 2011). Deutschland wird eher als Wirtschaft- denn als Militärmacht gesehen. Sicherheit gilt als gesellschaftlich hoher Wert, wobei vorrangig die Elemente einer sozialen bzw. existentiellen Sicherheit gemeint sind. Friedenssicherung wird als weniger wichtiges politisches Thema angesehen. Solche Prioritätensetzungen sind stark medial beeinflussbar. Der Einsatz militärischer Gewalt wird von den Deutschen prinzipiell und nur unter moralischen Gründen akzeptiert. Die Bereitschaft, sich aktiv an der Sicherheitspolitik zu beteiligen, ist sehr begrenzt.

Erfordernisse einer Reform

Die Analyse hat Defizite in der Sicherheitskultur, bewertet nach dem Idealbild von Öffentlichkeit, erbracht. Daher wäre zu erwarten gewesen, dass eine Bundeswehrreform entsprechende Korrekturen ins Auge gefasst hätte. Aus den Debatten der letzten Jahre lassen sich dazu entsprechende Erfordernisse erkennen. Allerdings werden die Hauptmotive für diese Reform eher im Spardiktat der Bundesregierung vermutet. Der damalige Bundesminister der Verteidigung, Karl-Theodor zu Guttenberg gab in seiner Grundsatzrede am 27. Mai 2010 an der Führungsakademie der Bundeswehr die Richtung vor: *„Der mittelfristig höchste strategische Parameter, quasi als Conditio sine qua non, unter dem die Zukunft der Bundeswehr gestaltet werden muss, ist die von mir schon apostrophierte Schuldenbremse, ist das globalökonomisch gebotene und im Verfassungsrang verankerte Staatsziel der Haushaltskonsolidierung, ein Ziel, das uns immer mittelbar wie unmittelbar auch trifft“*. Aus diesen Überlegungen wurde im Folgenden die Aussetzung der Wehrpflicht für notwendig erachtet, weil der Verteidigungshaushalt im Wesentlichen nur über die Personalkosten reduziert

werden kann. Nachdem der Grundwehrdienst bereits seit 2010 auf militärisch nicht mehr begründbaren sechs Monate reduziert wurde, um noch den Anschein von Wehrgerechtigkeit aufrecht zu erhalten, wäre eine Begründung für GWDL nach einer weiteren Truppenreduzierung kaum noch nachvollziehbar gewesen. Verteidigungsminister de Maizière machte dann aus der Not eine Tugend und baute unter der Reduktionsprämisse im Rahmen der Strukturreform noch weitere neue Elemente ein. Hervorzuheben sind hierbei der komplette Umbau des BMVg und dessen Begrenzung auf militärpolitische und strategische Aufgaben sowie die Auflösung der funktionalen Trennung von militärischen und zivilen Strukturen. Über allem steht die Ausrichtung auf eine Einsatzarmee, die allerdings bereits seit Jahren Wirklichkeit geworden ist. Eine umfassende sicherheitspolitische Begründung dieser Bundesreform steht allerdings noch aus, soweit man die ressorteigenen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ nicht dazu rechnen will (Mölling 2011).

Wandel der Sicherheitskultur nach der Neugestaltung der Bundeswehr

Inwieweit sich die Sicherheitskultur aufgrund der Neugestaltung der Bundeswehr verändern wird, lässt sich zwar nur begrenzt prognostizieren. Dennoch liegen im Umgang mit Politik, Medien und Gesellschaft einige Indizien vor, die gewisse Rückschlüsse zulassen. Die Aspekte der Neugestaltung sind also erstens die Ausrichtung der Bundeswehr auf eine Einsatzarmee, zweitens die Aussetzung der Wehrpflicht und drittens die Anpassung und Umsetzung der Strukturen in der Bundeswehr (Personal, Standorte, Organisation).

Wandel in der Politik

Flankierend zu den verkündeten Maßnahmen regte Verteidigungsminister de Maizière eine intensive Debatte um die Weiterentwicklung der Bundeswehr an. Im Rahmen des sicherheitspolitischen Prozesses wären also die Problemartikulation und -definition auf eine breitere Grundlage zu stellen. Gemeint ist damit die Strategic Community, die künftig aber wohl nicht wachsen wird. So war nach Etablierung der „Weise-Kommission“ nicht erkennbar, dass sich der Kreis der sicherheitspolitisch Interessierten erweitert hätte. Die Debatte über den Kommissionsbericht blieb in den etablierten Zirkeln. Jüngst wurden auch der

Wunsch und die Notwendigkeit einer größeren deutschen Scientific Community kommuniziert (Bigalke 2012). Allerdings ist an keiner Stelle der Reform erkennbar, dass der Bund durch entsprechende Mittel oder gar Gründung einer Stiftung die Rahmenbedingungen für eine größere sicherheitspolitische Forschungskapazität schaffen würde. Insgesamt wird das Interesse im politischen Vorraum wohl weiterhin durch die dazu berufenen Berufs- und Wirtschaftsgruppenvertreter wahrgenommen werden.

Bisher ist im Rahmen der Strukturreform nicht auf die seit einigen Jahren geführte Debatte um die Notwendigkeit einer Gesamtstrategie näher eingegangen worden (Klein-Brockhoff/ Maull: 2011, anders: Sandschneider 2012: 4). Mit einem solchen Konzept möchte man erstens vermeiden, dass die Entscheidung um ein militärisches oder ziviles Engagement Deutschlands im Rahmen der internationalen Konfliktbewältigung situativen, meist innenpolitischen Beweggründen ausgesetzt ist. Vielmehr sollen, ohne zu enge und starre Festschreibungen, die deutschen Interessen benannt werden, nach denen sich eine solche Entscheidung ausrichtet. Zweitens muss sich eine solche Gesamtstrategie in den Verantwortlichkeiten und Strukturen niederschlagen. Innerhalb der Exekutive bedarf es eines Steuerungsorgans (z.B. Bundeskanzleramt oder Bundessicherheitsrat), von dem aus die Koordination von Einsätzen im Rahmen der vernetzten Sicherheit erfolgt (Naumann 2009). Bisher kam es zwischen den einzelnen Ressorts (Auswärtiges, Verteidigung, Entwicklungshilfe, Inneres) zu Kompetenzstreitigkeiten und fehlenden Abstimmungen. Eine stringente Sicherheitspolitik erleichtert es auch, die jeweiligen militärischen Einsätze gegenüber der Öffentlichkeit und den Angehörigen der Bundeswehr zu legitimieren.

Eher ist das Gegenteil zu befürchten. Mit einer verkleinerten Bundeswehr dürfte die Rücksichtnahme auf die Bevölkerung, soweit sie sich in Meinungsumfragen widerspiegelt, noch weiter nachlassen. Das Militär stellt ein Instrument der Außenpolitik dar und wird auch entsprechend verwendet. Um nicht zu stark gegen innenpolitische Befindlichkeiten verstoßen zu müssen, dürften die im Umfeld internationaler Gremien zu treffenden Entscheidungen noch mehr im Vorraum der Fachexperten vorbereitet und in kleinen Zirkeln vorentschieden werden.

Die ebenfalls seit Jahren angeregten normativen Veränderungen sind auch nicht durch diese Reform zu erwarten. Neben der fehlenden Gesamtverantwortung für

die Sicherheitspolitik steht die mit einer öffentlichen Debatte verbundene verfassungsrechtliche Klarstellung der Kompetenzen von Sicherheitsinstitutionen aus. Die Gelegenheit wurde im Rahmen der politischen Veränderungen nicht genutzt, Art. 87a Grundgesetz der gewünschten Realität anzunähern. In Folge einer solchen Änderung könnte dann auch das Parlamentsbeteiligungsgesetz der Notwendigkeit von multinationalen Strukturen angepasst werden. Eher ist mit Blick auf die Verfassungsrechtsprechung zu EU-Entscheidungen mit dem Gegenteil zu rechnen.

Andererseits kann durch die vorgesehenen Veränderungen in der Organisation der Bundeswehr die als „Kontrollelement“ für notwendig gehaltene Trennung von Streitkräften und Verwaltung gem. Art. 87a und 87b Grundgesetz aufgeweicht werden. Entsprechende Kritik (Pieroth 2011) erfolgte bereits an der Ministerweisung, sowohl im BMVg als auch in den neuen Ämtern „im Rahmen der organisatorischen Möglichkeiten von der Trennung ziviler und militärischer Funktionsträger Abstand zu nehmen“. Nicht erreicht wurde dagegen mit Verweis auf den Primat der Politik die Gleichstellung des Generalinspektors der Bundeswehr mit den Staatssekretären des Bundesministeriums der Verteidigung. Offensichtlich wollte man einer politischen Debatte aus dem Weg gehen, denn durch die Unterstellung unter den Bundesminister als Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt wäre die politische Verantwortung eindeutig gewährleistet gewesen. Inwieweit sich die Parlamentarier aufgerufen fühlen werden, sich auch so um die Soldatinnen und Soldaten in einer Freiwilligenarmee zu kümmern, wie es zu Zeiten der Wehrpflichtigen der Fall war, muss abgewartet werden. Insgesamt dürfte aber das Interesse von Volksvertretern gegenüber dem Militär nachlassen, insbesondere in den Ländern und Kommunen.

Zum Sicherheitspolitisches Informationsmanagement liegen bisher keine Reformdokumente vor. Als einzig bekannte Maßnahme kann die Unterstellung der Aufgaben der Medien- und Informationszentrale unter die Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation festgestellt werden. Die AIK wird fachlich vom Presse- und Informationsstab, der weiterhin als Leitungsstab im BMVg tätig sein wird, geführt. Der sog. Innenbereich (Truppeninformation) könnte noch stärker mit dem Außenbereich (Presse- und Öffentlichkeitsarbeit einschl. Internet-Anwendungen) inhaltlich verknüpft werden.

Ein weiterer konsequenter Schritt bestünde in der Professionalisierung der PR-Arbeit. Vorschläge dazu liegen schon seit Jahren auf dem Tisch (Ose 2008). Andererseits dürfte die „Sonderbehandlung“, die die Wehrpflichtigen in der politischen Bildung genießen durften (Ankauf von Tageszeitungen, Durchführung von Seminaren in der politischen Bildung), leichter wieder zurückgeführt werden. Es zeigt die aktuellen Schwerpunkte auf, wenn durch die Etablierung eines „Beauftragten für die Rechtsausbildung in den Streitkräften“ auf die Unsicherheit und Mängel im Umgang mit dem Recht richtigerweise reagiert wurde, ein „Beauftragter für die politische Bildung“ aber schon seit Jahrzehnte sinnvoll gewesen wäre. Beide Unterrichtsgebiete sind schließlich im Soldatengesetz Pflichtthemen in der Ausbildung.

Wandel in den Medien

Inwieweit sich durch die Veränderungen in der Bundeswehr die Strukturen im Fachjournalismus und die Inhalte der Berichterstattung neu ausrichten werden, kann ebenfalls nur erahnt werden.

Aufgrund der journalistischen Arbeitsweise ist anzunehmen, dass die Berichterstattekompetenz in der Fläche abnehmen und die Bundeswehr zunehmend nur noch ein Thema des Hauptstadtjournalismus sein wird. Wenn sich nämlich die Kasernen in den Standorten auflösen werden, fehlen dem Lokalreporter schlicht die Ansprechpartner für die Vor-Ort-Berichterstattung. Auch begrenzt sich das lokale und regionale Interesse nur auf solche Flächen, die vom Lesereinzugskreis abgedeckt sind.

Soweit die Einsätze die größte Anziehungskraft für eine Berichterstattung behalten, könnte sich auch ein entsprechender Typus etablieren, der Kriegsreporter. Bisher bildeten sich entsprechende Mentalitäten nur in den Ländern heraus, die regelmäßig Truppen in Kriegseinsätze schicken. Da sich gewisse mediale Tendenzen mit entsprechender Verzögerung auch in Deutschland entwickeln, ist hier durchaus mit einem eigenen Genre zu rechnen.

Eine ernst zu nehmende Konkurrenz erhält der traditionell agierende Journalismus auf jedem Fall von den Social Media. Wie aus dem „Arabischen Frühling“ bekannt, ist eine breite Informationsbewegung entstanden, die Kriegsberichte

und auch Gräueltaten über Web 2.0-Anwendungen verbreiten und dadurch eine Anschlusskommunikation in den etablierten Medien auslöst (Rosenthal 2011).

Die Veränderungen in den Streitkräften dürften auch Rückwirkungen auf die Inhalte der Medienberichterstattung haben. So ist fraglich, ob Themen, die besonders bei Aufstellung der Bundeswehr eine zentrale Rolle spielten, weiterhin an Bedeutung behalten. Wer interessiert sich für die „Konzeption Innere Führung“ und den „Staatsbürger in Uniform“? Die Medien stellten diese Aspekte mit der Landesverteidigung in einen Zusammenhang. Allerdings belegen Studien, dass die ethischen Erwartungen des Journalismus nach wie vor an diesen Prinzipien ausgerichtet sind (Reeb 2011a).

Wenn weniger aus der Region berichtet wird, treten auch die Alltagsthemen in den Hintergrund. Der Hauptstadt-Journalismus wird sich an den Mainstreamthemen orientieren. Auf den Soldaten bezogen bedeutet das die Hinwendung zu Krieg, Kampf, Tod und Verletzung. So wichtig diese Themen sind, so sehr verzerren sie in der Gesamtbilanz die typische Tätigkeit eines Soldaten. Das Soldatenbild bekommt damit eine spezifische Prägung.

Detailgetreue Darstellungen zur Bundeswehr dürfte man künftig eher in den Spezialzeitschriften und MilBlogs finden. Zur Kenntnisvermittlung über die Bundeswehr werden die Artikel in Presse und Rundfunk weniger beitragen.

Nach Wegfall der Wehrpflicht lässt auch die Neigung nach, den Fehlentwicklungen in der Truppe nachzuspüren. Gleichwohl sind Skandale – insbesondere im Auslandseinsatz – besonders geeignet, über die Berichterstattung eine größere politische Wirkung zu erzeugen.

Militärische Szenarien sind aber auch prädestiniert, sie in fiktionale Medienformate zu integrieren. Insbesondere die hohe Beteiligung an Computerspielen in der jungen Generation dürfte hier in Angebot und Nachfrage ein weites Feld eröffnen. Entscheidend wird sein, mit welchen Deutungsangeboten Bilder vom Militär erzeugt werden. Zu untersuchen ist, ob diese Bilder einer eigenen virtuellen Militärwelt Vorschub leisten und gar Kriegsmentalitäten förderlich machen oder eher umgekehrt pazifischen Dispositionen hervorhelfen.

Wandel in der Gesellschaft

In der Gesellschaft dürfte die Neuausrichtung der Bundeswehr im negativen Sinn die größten Spuren hinterlassen. Das ohnehin schon geringe Interesse an den Streitkräften wird mit fehlender Sichtbarkeit noch weiter nachlassen. Grundlegende sicherheitspolitische Kenntnisse sind dann kaum noch zu erwarten. Den Jugendoffizieren wird es künftig schwerer fallen, als Informanten für Sicherheitspolitik den Zugang zu den Schulen zu bekommen, konkurriert die Bundeswehr doch nunmehr wie jeder andere Arbeitgeber um ihren Nachwuchs. Der Pflichtcharakter entfällt, um jedem jungen Mann diese Staatsobligation von kompetenter Seite erläutern zu müssen. Da Jugendoffiziere – auch ideologisch motiviert – zunehmend als Werbepersonen wahrgenommen werden (GEW 2008), wird sich mit ihrem Fernbleiben von den Schulen auch der Kenntnisstand der Schülerinnen und Schüler zur Sicherheitspolitik verschlechtern. Das Bild von der Bundeswehr wird dann fast nur noch medial vermittelt und fördert die o.g. Deutungen. Aus dem Alltagsgespräch verschwinden allmählich die Militärthemen. Die Alltäglichkeit des Militärischen wird kaum noch wahrgenommen.

Bei weiteren Beteiligungen an Auslandseinsätzen, die zwischen Eurokrise und Wahlkämpfen kommuniziert werden, könnte sich in der Gesellschaft ein Gewöhnungseffekt einschleichen. Ähnlich wie heute schon zahlreiche Bundesbürger im Ausland tätig sind, z.B. auf Montage, wird es eine berufliche Betätigung von Soldaten geben. Die abnehmende Sichtbarkeit in der Bevölkerung führt zu einer weiteren Entfremdung. Dadurch dürften auch die Kontrollinteressen bei einzelnen Verfehlungen oder kleineren Skandalen abnehmen.

In der Gesellschaft könnte das persönliche Engagement für die Bundeswehr weiter nachlassen, erst Recht wenn die Gefahren nicht mehr „sichtbar“ sind. Demgegenüber nimmt die Milieubildung innerhalb des Militärs, auch mit unangenehmen Folgen zu. Der weitere Trend bei Personenjahrgängen mit höheren Bildungsabschlüssen verringert den Umfang an Bewerbern, die keine Führungsfunktionen in den Streitkräften anstreben. Auch muss von allen Beteiligten bei der Personalgewinnung das richtige Augenmaß angelegt werden.

Schlussbemerkungen

Die prognostizierten Entwicklungen lassen eine deutsche Sicherheitskultur vermuten, die sich von der bisherigen unterscheidet. Auch wenn Vieles im Spekulativen bleibt, ist diesen Annahmen die Plausibilität nicht abzusprechen. Sind einige negative Entwicklungen nicht erwünscht, müssen hier alle drei Akteure gegensteuern, wobei in erster Linie die Politik gefordert sein dürfte.

Dabei können verschiedene Wege eingeschlagen werden. An dieser Stelle wird der Vorschlag wiederholt, durch den Aufbau einer Pädagogik zur Sicherheit eine Grundlage zu schaffen, sich näher mit Fragen dieser Art zu befassen (Reeb 2012).

Die Beschäftigung mit der Sicherheit in der Pädagogik lässt sich anthropologisch, gesellschaftlich und philosophisch-politisch herleiten. Der Mensch strebt von Natur aus nach Sicherheit. Diese sollte im gegenseitigen Einverständnis aller Individuen gesellschaftlich ausgehandelt werden. Letztendlich geht jede Staatsbildung aus diesem Bedürfnis nach Sicherheit hervor. Jeder Einzelne ist aufgerufen, sich an diesem Zustand zu beteiligen. Sicherheit muss heute global entwickelt werden.

Der Bildungsauftrag für Sicherheit leitet sich aus einem offenen verfassungsrechtlichen Verständnis ab, das die Förderung der Persönlichkeit zum obersten Ziel hat. Damit ergeben sich kognitive, affektive und soziale Kompetenzen, die zur Beschäftigung mit der Sicherheit beim Individuum herauszubilden sind. Zu entwickeln sind ein rationales Sicherheitsempfinden, ein Sicherheitsverständnis, die Bereitschaft zu Sicherheitsdiskursen sowie ein sicherheitsbewusstes Handeln. Diese Befähigungen können nur im Zusammenwirken mit Medienkompetenz, Partizipationskompetenz sowie kommunikativer Kompetenz erworben werden. Sie sind auf die konkreten individuellen, gesellschaftlichen und globalen Dimensionen von Sicherheit zu beziehen.

Die bisherigen Bemühungen für pädagogische Maßnahmen zur Sicherheit reichen nicht aus, diese Kompetenzen zu fördern. Eine Institutionalisierung von Sicherheit im Bildungssystem sollte Bildung als integralen und interdisziplinären Lernprozess von allgemeinen, politischen und beruflichen Elementen verstehen, zum lebenslangen und selbstverantwortlichen Lernen anregen sowie die Inhaltsbestimmung offen halten.

Diese didaktischen Rahmenbedingungen sind für die Erstellung eines Konzeptes einer Bildung zur Sicherheitskultur leitend. Die Ziele zur Sicherheit lassen sich durch die Aufbereitung von Inhalten in Problemfeldern verfolgen. Diese können strukturiert werden in theoretische, gesellschaftliche und internationale Bezüge. Die Thematisierung erfolgt inhaltlich anhand konkreter Risiken, Bedrohungen und Gefahren. Sicherheit wird dabei in einem Spannungsverhältnis zu Risikofeldern und zu anderen Werten gesetzt.

Eine Institutionalisierung der Sicherheit als eine Spezialdisziplin in den Erziehungswissenschaften könnte durch Öffnung der Friedenspädagogik an Fragestellungen zur Sicherheit sowie unter Berücksichtigung der pädagogischen Praxis in Sicherheitsinstitutionen angeregt werden.

Literatur

Almond, Gabriel A./ Powell, G. Bingham (1966): Comparative Politics. A Developmental Approach, Boston: Little, Brown 1966.

Bellers, Jürgen/ Wehmeier, Klaus (1980): Medienberichterstattung als Faktor im außenpolitischen Entscheidungsprozess, in: Politische Vierteljahresschrift, S. 321-345.

Bigalke, Silke (2012): Ungeliebte Kriegsforschung , in: Süddeutsche Zeitung vom 27.02.2012, S.6.

Bulmahn, Thomas/ Fiebig, Rüdiger/ Hilpert, Carolin (2011): Sicherheits- und Verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2010 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr: Forschungsbericht 94, Strausberg

Daase, Christopher (2010): Wandel der Sicherheitskultur, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 50/2010, S. 9-16.